

Aargau

Die Fäden liefen in Aarau und Brugg zusammen

Für die Abstimmung über das Frauenstimmrecht im Februar 1971 spielte der Aargau eine zentrale Rolle. Hier befanden sich die Hauptquartiere sowohl der Pro- als auch der Kontra-Gruppierungen für die gesamte Deutschschweiz: In Aarau designte und druckte die Trüb AG die Plakate der Pro-Kampagne, aus Brugg wurde die Gegnerschaft koordiniert.

Annina Sandmeier-Walt und Ruth Wiederkehr

Ist vom Kampf ums Frauenstimmrecht in der Schweiz die Rede, so begegnet man den eindrücklichen Bildern von Fackelzügen und Kundgebungen in Zürich und Bern. Engagierte Frauen sprachen über verwehrt Rechte und von der Dringlichkeit dieses Demokratisierungsschrittes. Die grossen Städte, so scheint es, waren hier federführend und tonangebend.

Der öffentliche Protest war im Aargau weniger laut und präsent. Im Gegenteil, Protestaktionen mit Plakaten und Rufbotschaften begegnete man mit Skepsis und hielt sie gar für kontraproduktiv. «Gut gemeint, falsch durchgeführt» war das Urteil des «Aargauer Tagblatts» vom 1. Februar zu einer Demonstration in Brugg. Mehrheitlich Minderjährige hätten sich für das Frauenstimmrecht eingesetzt – ein «Ausdruck jugendlichen Übermuts»!

Aarau als Zentrum der schweizerischen Plakatkampagne

Was bislang allerdings kaum bekannt ist: Die Fäden der durch die Parteien getragenen grossen eidgenössischen Pro-Kampagne für die Abstimmung am 7. Februar 1971 liefen in der Druckerei Trüb in Aarau zusammen. Dort wurden rund 8000 Plakate gestaltet und gedruckt, die den Stimmbürgern das Anliegen im öffentlichen Raum schmackhaft machen sollten. Die Rede war von

Film zum Frauenstimmrecht im Aargau

«Zeitgeschichte Aargau» dokumentiert den langen Weg der Aargauer Frauen in Politik und Gesellschaft auch in einem Dokumentarfilm. Stéphanie Mörikofer, erste Regierungsrätin des Kantons Aargau (FDP), Doris Stump, erste Wetzinger Gemeinderätin und erste Aargauer Europarätin (SP), und Doris Leuthard, erste Aargauer Bundesrätin (CVP), teilen ihre Erinnerungen. Der Film erscheint im Sommer 2021. (az)

einer «mittleren eidgenössischen Kampagne» mit einem Budget von 350 000 bis 400 000 Franken, vor allem von Privatwirtschaft und Verbänden gesponsert.

Das Schweizer Fernsehen beurteilte die Trüb'sche Kampagne als «bodenständig». Das bekannteste Plakat zeigte einen Blumenstrauß und den Slogan «Für unsere Frauen ein herzliches JA», andere Werbemittel betonten den bewährten Wert einer gleichberechtigten Partnerschaft von Mann und Frau oder zeigten den Slogan «Die Schweizer Frau verdient ein Ja»: Die Kampagne verband geschickt Emotion und Vernunft. Von Aarau aus gelangte die Werbung, darunter auch Zeitungsinserate, vor allem in jene Kantone, in denen eine Ablehnung der Vorlage befürchtet wurde. Dazu gehörte auch der Aargau.

Wenige Gegner in der Öffentlichkeit

Denn nicht nur die Pro-Kampagne hatte ihre Zentrale im Aargau. Der Präsident des «Eidgenössischen Aktionskomitees gegen das Frauenstimmrecht» war der Brugger Fürsprecher und FDP-Mitglied Markus Herzig. Dieser engagierte sich bereits in seiner Studentenzeit in den 1960er-Jahren gegen das Wahl- und Stimmrecht für Frauen. So lud er 1966 als Präsident der Ortspartei die Bernerin Gertrud Haldimann-Weiss nach Brugg ein. Sie war eine bekannte Gegnerin und präsidierte den «Bund Schweizer Frauen gegen das Frauenstimmrecht». Genau diese Vereinigung schliesslich setzte für die Abstimmung fünf Jahre später auf ein Männer-Komitee. Haldimann-Weiss und ihre Kolleginnen fanden für das Präsidium in Markus Herzig den gewünschten «jungen Mann». Aus der Korrespondenz von Haldimann-Weiss geht hervor, dass sich diese Suche schwierig gestaltet hatte. Immer weniger Männer wollten sich öffentlich gegen das Frauenstimmrecht engagieren.

Keine Unterstützung von Parteien und Parlamentariern

Anders als die Pro-Kampagne waren die Gegnerinnen und Gegner nicht mit einer professionellen Werbekampagne



Frauen posieren in Zürich mit Abstimmungsplakaten zum Frauenstimmrecht, darunter links ein Plakat aus der Aarauer Druckerei Trüb für die eidgenössische Ja-Kampagne, in der Mitte das Plakat für die aargauische Ja-Kampagne aus der Buchdruckerei AG Baden.

Bild: Keystone

auf Stimmenfang; die vorhandenen Mittel erlaubten lediglich Artikeldienste und Podiumsgespräche. Herzig managte die Kampagne zusammen mit anderen Engagierten von zu Hause aus, stand aber mit der Gegnerschaft in der ganzen Schweiz in Verbindung. Sie waren überzeugt, für eine «schweigende Mehrheit» der Frauen und Männer einzutreten. Keine der grossen Parteien, keine eidgenössischen Parlamentarier und keine Konsumentenverbände unterstützten diese Kampagne.

Im Aargau stimmten schliesslich knapp über 50 Prozent der Männer für das eidgenössische und fast 52 Prozent der Männer für das kantonale Stimm- und Wahlrecht für Frauen.

In den Städten machten die Befürworter die deutliche Mehrheit aus, andernorts waren sie in der Minderheit. In Hilfikon im Freiamt beispielsweise legte am 7. Februar 1971 nur ein einziger Mann ein Ja in die Urne.

Die Rolle von Frauen in der Gesellschaft aber sollte dies nicht gross ändern.

So titelte das «Aargauer Tagblatt» kurz vor der Abstimmung zwar, die Zeit fürs Frauenstimmrecht sei «überreif», doch schrieb auch: «Niemand wird bestreiten, dass die Frau durch ihre natürliche Bestimmung, sofern sie verheiratet ist, ans Haus gebunden ist.»

Die Autorinnen: Die Historikerinnen Ruth Wiederkehr und Annina Sandmeier-Walt erforschen für Zeitgeschichte Aargau unter anderem die Themenbereiche Kultur und Freizeit.

«Frauensache ist es, zu trösten, zu heilen»

Meinungen Vor der Abstimmung über die Einführung des Frauenstimmrechts auf nationaler und kantonaler Ebene am 7. Februar 1971 ging es in den Leserbriefspalten der Aargauer Zeitungen hoch zu und her. Viele lehnten sich gar so weit aus dem Fenster, dass sie ihre Meinung anonym publizieren liessen. Eine Auswahl der pointiertesten Aussagen, gesammelt in den Archibänden von «Aargauer Tagblatt» und «Badener Tagblatt». (ksc)

«Sie sollten sich im Falle einer Annahme wirklich keine grauen Haare wachsen lassen: Die Männerherrschaft gerät durch die bloss politische Gleichstellung der Frau nicht ins Wanken. Denn die Frau wird weiterhin unterdrückt.»

Susanne Ischi

«Ist es richtig, dass die Schweiz bis heute der europäischen Menschenrechtskonvention nicht beitreten konnte, weil unsere verfassungsrechtlichen Vorbehalte, vor allem auch unser fehlendes Erwachsenenstimm- und -wahlrecht, zu gross waren und zu schwer wogen?»

Dr. Peter Grünig, Nationalrat, Baden

«Solange uns nämlich die Frauen selbst nicht eindeutig überzeugen können, dass sie dieses Frauenstimmrecht und die Gleichberechtigung in allen Belangen wollen, so langen sollten wir aus Respekt vor diesen Frauen nicht dafür zu haben sein. Es käme einer Vergewaltigung gleich, und dies wäre ja schliesslich strafbar.»

Fritz Weibel, Grossrat, Wetzlingen

«Die Männer wollen uns das Stimmrecht aus Gerechtigkeitsgefühl geben. Es ist an uns Frauen, es abzulehnen. Denn Politik ist Krieg mit andern Mit-

teln. Frauensache ist es, zu trösten, zu heilen und zu verbinden, Frieden zu stiften, im Kleinen. Der Friede wird nicht durch uns in der Politik Einzug halten, sondern die Politik wird den Frieden aus uns heraustragen.»

Alice Streit

«Sollte nun aber das Frauenstimmrecht angenommen werden, müssten die Frauen sich vermehrt mit Politik befassen, Vorträge und Staatsbürgerkurse besuchen, um den Männern ebenbürtig, immer auf dem Laufenden zu sein. Bestimmt würde das für manche eine



Zeitungsinserat für ein Ja am 7. Februar 1971.

Bild: zvg

«Keine Hinweise für Abfluss von Know-how nach China»

Paul-Scherrer-Institut bestreitet Forschungsspionage von Chinesen – Kanton förderte die Protonentherapie mit 26 Millionen Franken.

Fabian Hägler

Fast das gesamte Wissen des Paul-Scherrer-Instituts (PSI) zur Protonentherapie sei mittlerweile in China gelandet. Das sagte ein ETH-Professor zum Abzug von Know-how aus der Forschungsstätte in Villigen ins Reich der Mitte (AZ von gestern Mittwoch). Unternehmer Hugo Schär, der mit seiner Firma die hochkomplexen Therapiegeräte baute und am PSI ein und ausging, berichtete von negativen Erfahrungen mit seinen chinesischen Geschäftspartnern. Er habe rasch realisiert, dass den Chinesen nur daran gelegen gewesen sei, Know-how abzuzügel. «Alles wurde gehackt», sagte Schär und fügte hinzu, er sei hintergangen worden.

PSI: Keine patentierte Forschung abgeflossen

PSI-Mediensprecherin Mirjam van Daalen widerspricht, als die AZ sie mit der Kritik konfrontiert: «Wir teilen die Aussagen des Artikels nicht, weder inhaltlich noch bezüglich der benutzten Stereotype.» Damit meint sie die Annahme, dass China nur auf «Abzügel» von westlichem Know-how aus sei.

Van Daalen hält ausdrücklich fest: «Wir haben keinerlei Hinweise darauf, dass patentgeschütztes Know-how ausserhalb einer Lizenzvereinbarung nach China geflossen ist.» Forschungsergebnisse des PSI werden laut der Sprecherin mit Patenten geschützt, «wenn eine Patentierung möglich ist und eine kommerzielle Umsetzung realistisch erscheint».

Interessierte könnten dann Lizenzen für die kommerzielle Nutzung der Ergebnisse erwerben. Auch das Protonentherapie-wissen des PSI, das laut der Sprecherin durch Patente ge-

schützt ist, «steht jedem zur Verfügung, der die betreffenden Lizenzen dafür kauft».

Protonentherapie: China zahlte keine Förderbeiträge

Nicht patentierte Ergebnisse zur Protonentherapie würden publiziert und stünden der internationalen Forschergemeinde dann für weitere Studien zur Verfügung, ergänzt van Daalen. Der Austausch wissenschaftlicher Ergebnisse zwischen Institutionen und über Grenzen hinweg sei Basis für eine fortlaufende erfolgreiche wissenschaftliche Zusammenarbeit.

Die Voraussetzungen für die Nutzung patentierbarer technologischer Entwicklungen seien für alle PSI-Projekte klar definiert, sagt van Daalen. Dies passiere entweder direkt über die Arbeitsverträge der einzelnen Wissenschaftler oder nach den Bedingungen der Projektfinanzierung. «Je nach Finanzierungsquelle kann dies dann zu gemeinsamem oder alleinigem geistigen Eigentum führen», sagt die Sprecherin. Das PSI hat laut van Daalen keine Beiträge aus China für die Förderung der Protonentherapie erhalten.

Kanton förderte Projekt mit 26 Millionen Franken

Aus Peking floss also kein Geld nach Villigen, aus Aarau schon. Der Kanton hat sich massgeblich am Ambulatorium für Protonentherapie beteiligt. Insgesamt flossen 26 Millionen Franken vom Kanton für das Projekt ans PSI. Im Sommer 2008 sprach der Regierungsrat 20 Millionen Franken aus dem Swisslos-Fonds, im Jahr 2006 gab es einen Beitrag von einer Million, im Jahr 2000 ein Darlehen von fünf Millionen.

Das PSI ist keine kantonale Institution, sondern eine Abtei-

lung der ETH, die einen Grossteil ihres Budgets aus Bundesgeldern deckt (siehe Box unten). Der Kanton pflegt laut Regierungssprecher Peter Buri jedoch «in diversen Bereichen partnerschaftliche Beziehungen zum PSI und unterstützt dieses punktuell bei der Realisierung von Projekten und Vorhaben, die für den Standortkanton Aargau von Bedeutung und Nutzen sind».

Dass nun Forschungsergebnisse nach China gelangt sein sollen, die mit Millionenunterstützung des Kantons erzielt wurden, kommentiert Buri nicht direkt. Sicherheitsfragen zum Know-how-Transfer und Massnahmen gegen Werks-, Wissens- oder Forschungsspionage seien Sache des PSI beziehungsweise der ETH und des Bundes. Die Regierung geht laut Buri davon aus, dass die Verantwortlichen «die nötigen Sicherheits- und Schutzmassnahmen getroffen haben». Sollten sich diese als ungenügend erweisen, rechnet der Regierungsrat damit, dass das PSI, die ETH oder der Bund «entsprechende Konsequenzen ziehen werden».

400 Millionen Franken im Jahr für PSI-Forschung

Das Paul-Scherrer-Institut (PSI) ist das grösste Forschungsinstitut für Natur- und Ingenieurwissenschaften der Schweiz. Das PSI beschäftigt 2100 Personen und hat ein Jahresbudget von 400 Millionen Franken. Es ist Teil der ETH und wird zum grössten Teil vom Bund finanziert. Neben der Forschungstätigkeit betreibt das PSI die einzige Anlage der Schweiz zur Behandlung von spezifischen Krebserkrankungen mit Protonen. (fh)

Nachrichten

Velofahrer weicht Auto aus und verunfallt

Gränichen Am Dienstagabend ist in Gränichen ein Velofahrer verunfallt. Er wurde von einem Auto überholt. Als er auswich, fuhr er in ein am Strassenrand parkiertes Auto. Er stürzte und verletzte sich. Der Fahrer des schwarzen Kombis fuhr weiter und wird gesucht. (az)

Psychiatrische Dienste haben neue HR-Leiterin

Führungswechsel Die Psychiatrischen Dienste Aargau bekommen eine neue HR-Leiterin: Alfonsina Schibler ersetzt Barbara Bourouba, die das Unternehmen auf eigenen Wunsch verlässt. Schibler wird auch Mitglied der Geschäftsleitung. (az)

Zwei Volg-Filialen ausgeraubt: Polizei hat den Täter gefasst

Ein Mann aus dem Kanton Bern hat die Volg-Filialen in Villnachern und Gebenstorf ausgeraubt. Er ist geständig.

Verhaftet Am 27. November 2020 und 22. Januar 2021 überfiel ein auffällig gekleideter Täter die Volg-Filialen in Villnachern und Gebenstorf und erbeutete insgesamt mehrere tausend Franken. Umfangreiche Ermittlungen der Kantonspolizei Aargau haben inzwischen zur Festnahme eines 39-jährigen Portugiesen aus dem Kanton Bern geführt. Das teilt die Staatsanwaltschaft Aargau mit.

Die Staatsanwaltschaft Brugg-Zurzach hat gegen den Beschuldigten ein Verfahren eröffnet wegen mehrfachen qualifi-

zierten Raubes. Dies, weil der Beschuldigte bei beiden Überfällen ein Messer mit sich geführt hatte.

Der 39-Jährige ist geständig, die Volg-Filialen in Villnachern und Gebenstorf überfallen zu haben. Zum weiteren Aussageverhalten macht die Staatsanwaltschaft aufgrund der laufenden Untersuchung keine Angaben.

Das Zwangsmassnahmengericht hat den Antrag der Staatsanwaltschaft Brugg-Zurzach inzwischen gutgeheissen und Untersuchungshaft für die vorläufige Dauer von drei Monaten angeordnet. (az)

Ein Grafiker der Aarauer Firma Trüb erstellt ein Abstimmungsplakat für die eidgenössische Pro-Kampagne. Für die Sujets setzte man auf «Bewährtes», das eine «freundliche Grundstimmung» erzeugen sollte. Bild: SRF



Von Männern für Männer: Mitarbeiter der Firma Trüb in Aarau beraten über die Sujets der Abstimmungsplakate. Bild: SRF



Die Plakate der Aarauer Firma Trüb für die eidgenössische Pro-Frauenstimmrechts-Kampagne werden im öffentlichen Raum aufgehängt. Bild: SRF

Mehrbelastung bedeuten. Die Familie, ja das ganze Hauswesen und besonders die Kinder hätten darunter zu leiden.»

K. Sch., Othmarsingen

«Warum ich das Frauenstimmrecht besonders gern nicht haben möchte? Weil ich die Forderung nach der politischen Gleichstellung der Frau als grosse Gefahr für die weitere Funktionsfähigkeit der direkten Demokratie betrachte.»

Gertrud Haldimann-Weiss, Bern, «Bund der Schweizerinnen gegen das Frauenstimmrecht»

«Und gerade jetzt, wo die Demokratie immer anspruchsvoller wird, soll das Frauenstimmrecht eingeführt werden? Ja, gerade jetzt.»

Alt-Regierungsrat Kurt Kim

«Warum ich zum Frauenstimmrecht Nein sage? Weil bis heute der Beweis fehlt, dass die Mehrheit der Frauen dieses Recht will.»

W. F., Aarau

«Eine berufstätige Ehefrau und Mutter wird nicht diskriminiert, wenn sie nicht zu einer Diskriminierung Anlass gibt.»

Olga Z., Aarau